

Die Frankfurter Cannabis-Studie

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Frankfurter Bevölkerung zum Thema Cannabis

Kurzbericht



Inhalt

1. Einführung	3
2. Methodik	4
3. Einstellungen zur Legalisierung	6
4. Akzeptanz und Bekanntheit der Suchthilfeangebote	8
5. Einstellungen zu Jugendschutz und Prävention	11
6. Auswirkungen einer möglichen Legalisierung auf das Konsumverhalten	13
7. Erwartungen von Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten	14
8. Die Bedeutung von Cannabis-Abgabestellen	15
9. Zusammenfassung	16
10. Weitere Informationen	18

1. Einführung

Die Stadt Frankfurt am Main will es wissen: Zehntausend zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Großstadt am Main hat das Drogenreferat für eine Befragung zum Thema Cannabis anschreiben lassen. Hintergrund dafür sind die geplanten rechtlichen Änderungen auf Bundesebene.

Im Eckpunktepapier der Bundesregierung vom April 2023 ist als erster Schritt eine Entkriminalisierung vorgesehen. Dafür liegt mittlerweile ein Gesetzentwurf vor. Als zweiter Schritt ist die modellhafte Erprobung von Produktion, Vertrieb und Abgabe von Genusscannabis in ausgewählten Regionen geplant.

Viele Fragen zur Ausgestaltung der Neuregelungen sind noch offen. Doch unabhängig von der konkreten Umsetzung werden sich die kommenden Veränderungen in der Cannabis-Politik auf eine große Stadt wie Frankfurt am Main mit 767.609 Einwohner:innen (Stand 2022) auswirken. Zur Vorbereitung darauf hat das Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main die vorliegende Studie erstellt. Sie soll die Einstellungen, Erwartungen und Bedarfe der Stadtbevölkerung rund um das Thema Cannabis erfassen und abbilden. Die Befragung erfolgte mit organisatorischer Unterstützung des Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) in Hamburg.

Vor dem Hintergrund weitreichender Veränderungen in der Cannabis-Politik benötigt es für Entscheidungen auf kommunaler Ebene empirisch abgesichertes Wissen. Insbesondere für die Weiterentwicklung des Präventions-, Informations- und Hilfesystems sollten die Bedarfe in der Allgemeinbevölkerung bekannt sein.

Die Befragung erlaubt überdies Einblicke in die Akzeptanz der Legalisierungsbestrebungen unter Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern. Die Ergebnisse der Studie können der Stadt Frankfurt am Main für Entscheidungen zur Ausgestaltung der Neuerungen auf lokaler Ebene, aber auch als empirische Grundlage für die bundesweite Diskussion dienen.

Die gewonnenen Daten bieten zudem die Möglichkeit eines Monitorings für die Stadt Frankfurt am Main. Veränderungen durch eine mögliche Cannabis-Entkriminalisierung lassen sich nur erfassen, wenn repräsentative Vergleichsdaten zu Konsumprävalenzen, Einstellungen und Hilfebedarfen vor einer Neuregelung der Cannabis-Politik vorhanden sind. Diese Option eröffnen das Design und die Ergebnisse der vorliegenden Studie.

Nicht zuletzt enthält die Befragung ein partizipatives Element. Die Erwartungen der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger werden transparent gemacht. Die Studie führt zu zusätzlicher Aufmerksamkeit für das Thema und regt zu Austausch und Reflexion in der Stadtgesellschaft an.

2. Methodik

Im Dezember 2022 wurde eine Zufallsstichprobe von 10.000 Personen aus den Einwohnermeldedaten der Stadt Frankfurt am Main gezogen. Vom 13. bis zum 19. Januar 2023 wurden die Fragebögen versandt. Die Befragten konnten entweder per Post oder per Internet antworten. Der Rücklauf war mit 1.575 postalisch zurückgeschickten und 1.076 online ausgefüllten Fragebögen erfreulich hoch. Von den 2.651 Fragebögen konnten 44 Datensätze nicht in die Auswertung einbezogen werden, zum Beispiel wegen zu später Zurücksendung oder nicht-plausibler Angaben. Nicht enthalten sind in diesen Zahlen 350 Fragebögen die, in einem groß angelegten Manipulationsversuch der Studienergebnisse, kopiert und mit nachgedrucktem Rückumschlag an das ISD zurückgeschickt wurden. Durch eine umfangreiche Überprüfung konnten zweifelsfrei alle Fälschungen aufgespürt und aus dem Datensatz entfernt werden.

Rücklauf in der Frankfurter Cannabis-Studie (Tab. 1)

	Fallzahlen	in %
Angeschriebene Personen	10.000	100
Wegen falscher Adressangaben, Umzug, Todesfall oder anderen Gründen nicht zustellbare Briefe	286	2,9
Netto-Stichprobe (Angeschriebene minus Nicht-Erreichbare)	9.714	100
Postalisch ausgefüllte Fragebögen	1.575	16,2*
Online ausgefüllte Fragebögen	1.076	11,1*
Rücksendung gesamt (postalisch und online)	2.651	27,3*
In die Auswertung einbezogene Fragebögen	2.607	26,8*

*bezogen auf die Netto-Stichprobe

Die gewonnene Stichprobe unterscheidet sich in Bezug auf die Alters- und Geschlechtsverteilung nur geringfügig von der erwachsenen Gesamtbevölkerung in Frankfurt am Main. Deutliche Abweichungen gibt es hingegen beim Bildungsabschluss. Um möglichst repräsentative Aussagen für die erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Frankfurt am Main treffen zu können, sind die für die Auswertung genutzten Daten so gewichtet worden, dass sie hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss der Verteilung in der Frankfurter Bevölkerung entsprechen.

Soziodemografische Daten in der Stichprobe, gewichtet und ungewichtet (Tab. 2)

Charakteristika	Ungewichtete Stichprobe	Gewichtete Stichprobe
Altersgruppen		
18-24 Jahre	8,8%	9,8%
25-34 Jahre	23,2%	22,8%
35-44 Jahre	18,5%	20,3%
45-54 Jahre	16,0%	18,2%
55-64 Jahre	17,4%	15,1%
65-79 Jahre	16,2%	13,8%
Geschlecht		
Weiblich	50,3%	49,6%
Männlich	49,7%	50,4%
Höchster Bildungsabschluss		
Haupt- oder Volksschulabschluss oder kein Schulabschluss	6,3%	19,8%
Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	15,1%	21,4%
Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule)	78,6%	58,8%

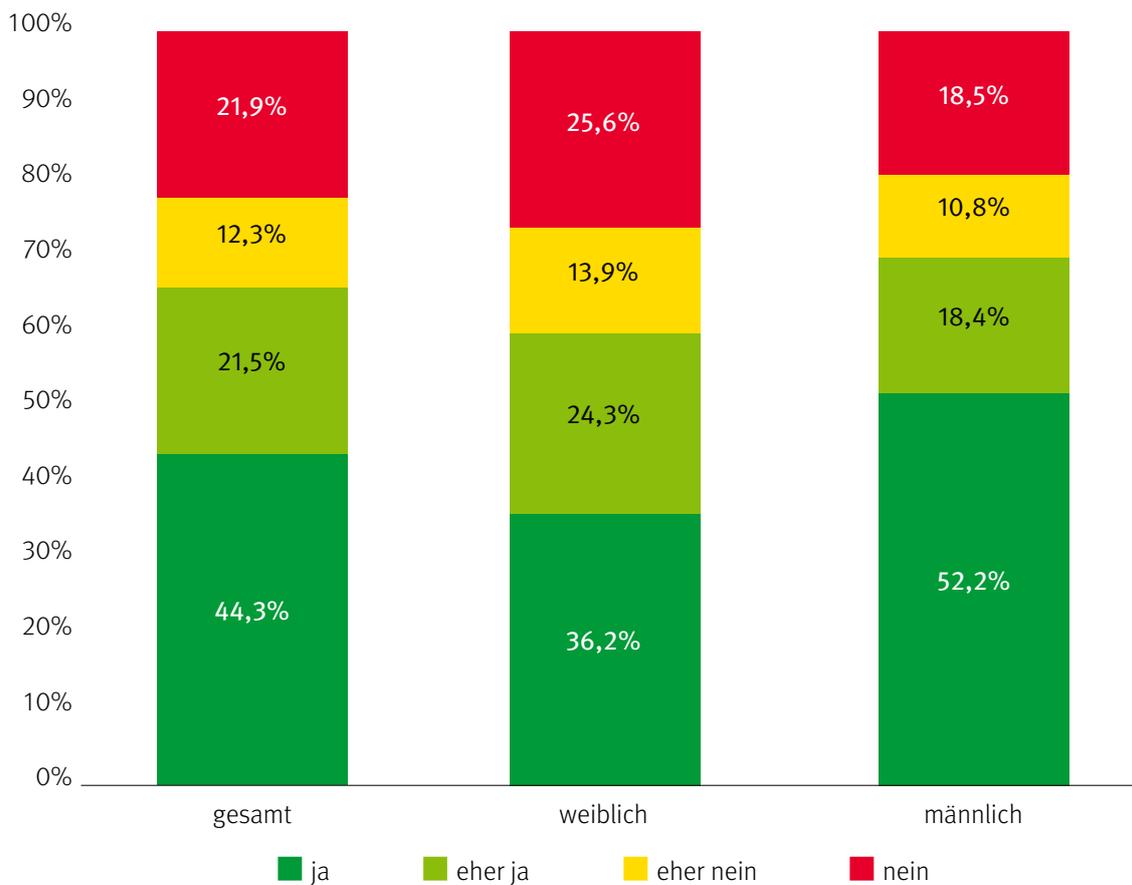
Von den Befragten geben 7,6% an, innerhalb der letzten 30 Tage Cannabis konsumiert zu haben. Für Deutschland repräsentative Substanzkonsumzahlen in der Erwachsenenbevölkerung erhebt der Epidemiologische Suchtsurvey (ESA). Dieser stellte zuletzt eine entsprechende 30-Tage-Konsumprävalenz bei erwachsenen Personen in Deutschland von 4,3% fest.¹ Die fast doppelt so hohe Cannabiskonsumprävalenz in der Frankfurter Befragung im Vergleich zu den Daten des ESA könnte bedeuten, dass insbesondere Frankfurter:innen mit einem größeren Interesse an der Cannabisthematik geantwortet haben. Allerdings ist es auch plausibel anzunehmen, dass der Drogenkonsum in Großstädten wie Frankfurt am Main über dem bundesweiten Durchschnitt liegt.

¹ Rauschert, C., Möckl, J., Wilms, N., Hoch, E., Kraus, L., & Olderbak, S. (2023). Kurzbericht Epidemiologischer Suchtsurvey 2021 Tabellenband: (problematischer) Konsum illegaler Drogen und multiple Drogenerfahrung nach Geschlecht und Alter im Jahr 2021. Abgerufen unter: www.esa-survey.de/fileadmin/user_upload/Literatur/Berichte/ESA_2021_Tabellen_illegale_Drogen.pdf [28.04.2023]

3. Einstellungen zur Legalisierung

Die Frankfurterinnen und Frankfurter sprechen sich mehrheitlich für eine Legalisierung von Cannabis aus: Fast zwei Drittel der Befragten befürworten uneingeschränkt oder eher die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an über 18-Jährige. Bei den Männern ist die Zustimmung etwas höher als bei den Frauen.

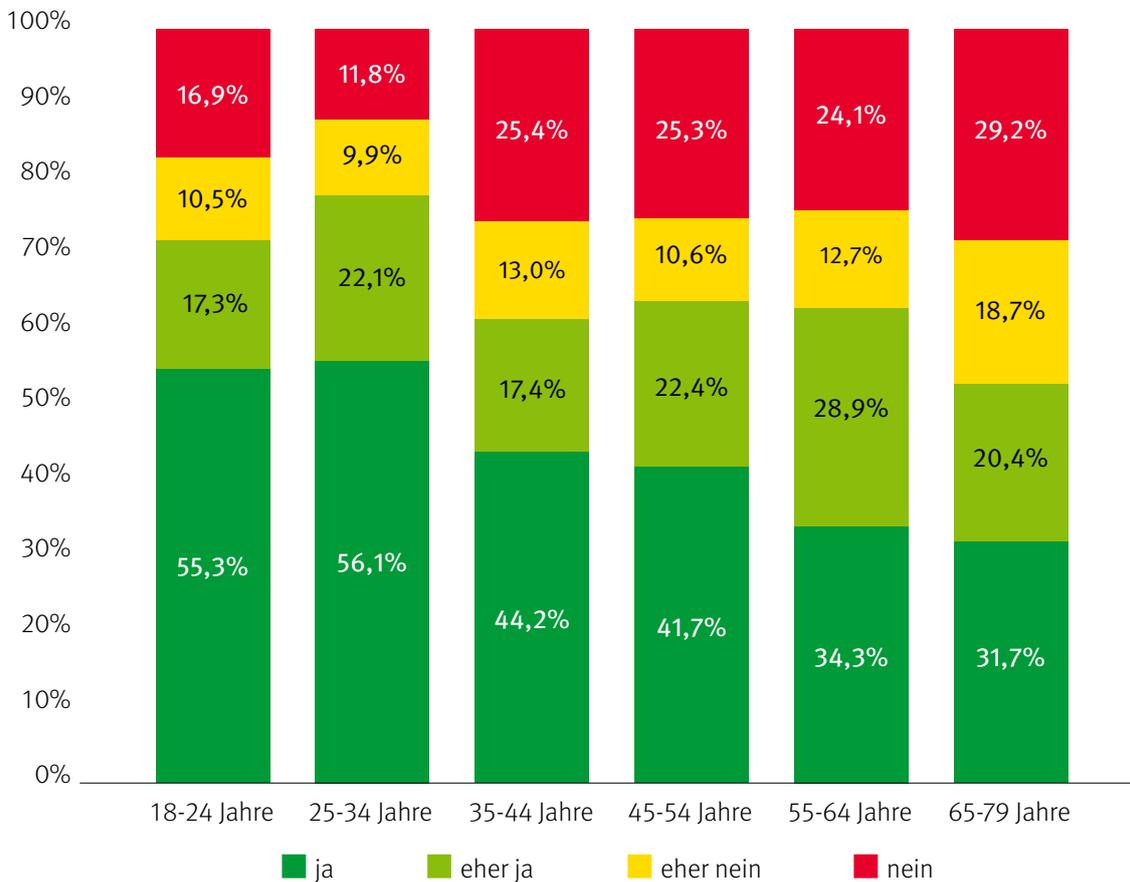
Zustimmung zur Frage: „Die aktuelle Bundesregierung plant, Cannabis für Erwachsene zu legalisieren. Befürworten Sie die kontrollierte Abgabe zu Genusszwecken an über 18-Jährige?“ (Abb. 1)



Die Zustimmung steigt mit der Höhe der Bildungsabschlüsse. Die Befragten ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss sprechen sich zu 56,1% eher oder absolut für die Legalisierung aus, Befragte mit Mittlerer Reife zu 62,2% und Befragte mit (Fach-)Abitur zu 70,1%.

Deutlich unterscheiden sich die Zustimmungswerte auch, wenn man die Verteilung nach Altersklassen betrachtet. Tendenziell ist die Zustimmung unter den jüngeren Befragten stärker ausgeprägt: Während bei den 25- bis 34jährigen ungefähr drei von vier Befragten (78,2%) einer Legalisierung absolut oder eher zustimmen, sind es bei den 65- bis 79jährigen nur etwas mehr als die Hälfte (52,1%).

Zustimmung zur kontrollierten Abgabe von Cannabis für Erwachsene nach Alter (Abb.2)



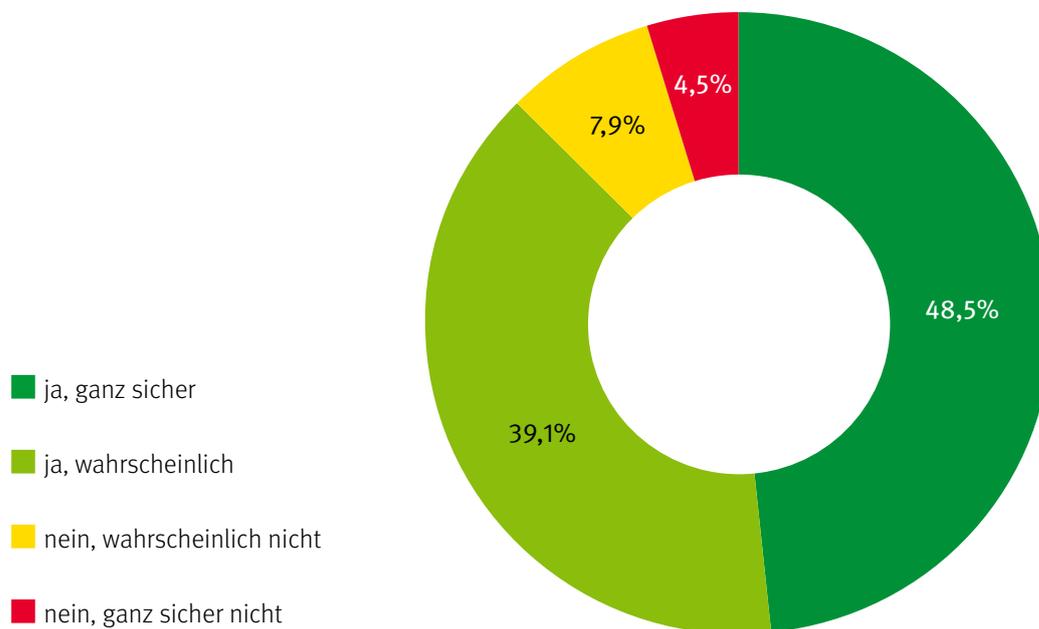
Bei vielen Befragten zeigen sich sehr differenzierte Positionen hinsichtlich einer Legalisierung. Einige befürworten diese beispielsweise, äußern sich gleichzeitig aber in Teilaspekten besorgt. Auch wenn die Zustimmung zu einer Legalisierung insgesamt hoch ist, stimmt eine Mehrheit von 64,5% absolut oder eher folgender Aussage zu: „Bei einer Legalisierung kann bei Jugendlichen der Eindruck entstehen, dass Cannabis harmlos ist.“ Die intensive Beschäftigung mit den Pro- und Kontra-Argumenten einer Cannabis-Legalisation spiegelt sich nicht zuletzt in den vielen ausführlichen Stellungnahmen auf die offenen Fragen wider. Beispielhaft dafür soll folgende Einschätzung einer 31-jährigen Bürgerin wiedergegeben werden:

„Ich sehe einige Vorteile durch die Legalisierung, allerdings finde ich den Stoff für Jugendliche absolut problematisch. Ich bin daher ziemlich hin und hergerissen, was die Legalisierungsfrage betrifft.“

4. Akzeptanz und Bekanntheit der Suchthilfeangebote

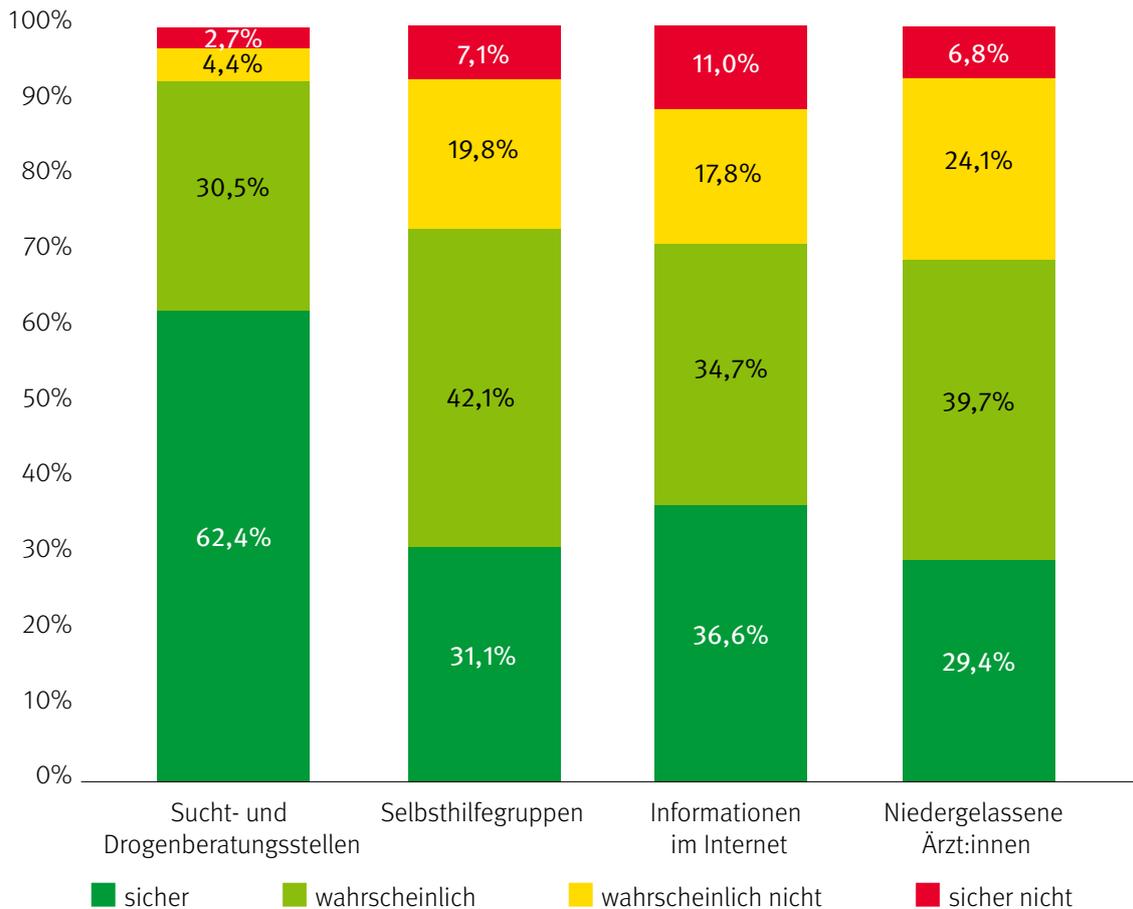
Eine große Mehrheit der Befragten (87,6%) würde anderen Personen ganz sicher oder wahrscheinlich bei problematischem Cannabiskonsum empfehlen, eine Hilfe-Einrichtung aufzusuchen. Diese Haltung zeigt sich etwas mehr bei Frauen als bei Männern. Auch Befragte mit (Fach-)Abitur oder Mittlerer Reife würden häufiger eine entsprechende Hilfeempfehlung aussprechen als Befragte ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss. Die Bereitschaft zur Hilfeempfehlung steigt außerdem mit zunehmendem Alter.

Zustimmung zur Frage: „Würden Sie einer Person aus Ihrem Freundes- oder Familienkreis mit problematischem Cannabiskonsum empfehlen, Hilfe-Einrichtungen aufzusuchen?“ (Abb. 3)



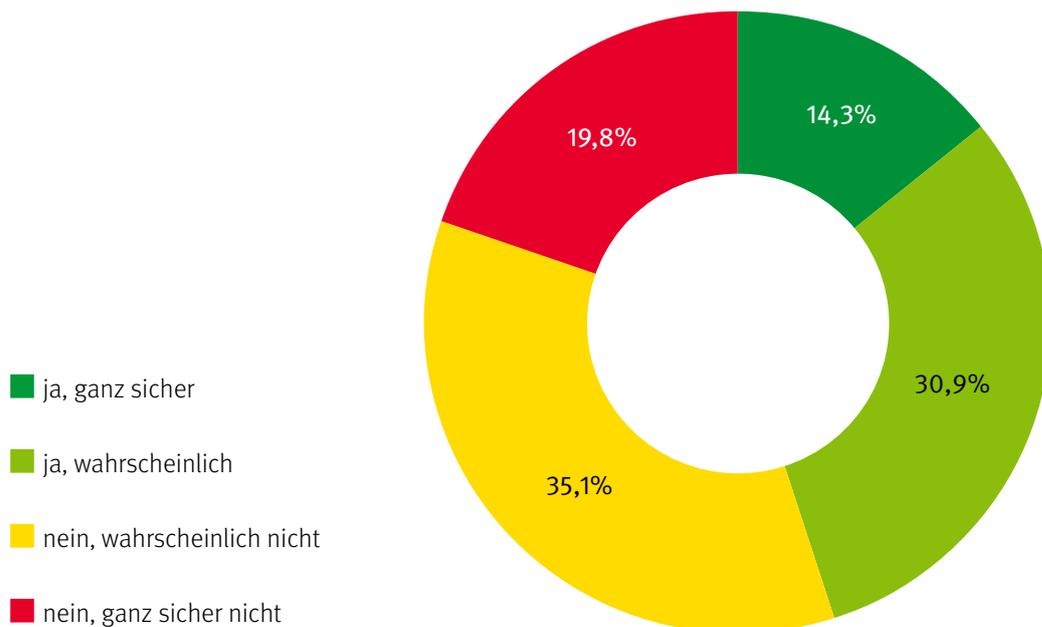
In der Erhebung wurde auch danach gefragt, welche konkreten Hilfsangebote die Befragten im Bedarfsfall für sich nutzen oder anderen Personen empfehlen würden. Mit Abstand am meisten fiel die Wahl auf Sucht- und Drogenberatungsstellen. Mehr als sechs von zehn Befragten (62,4%) würden diese sicher nutzen oder empfehlen. Ein weiteres knappes Drittel (30,5%) würde dies wahrscheinlich tun. Dieses Ergebnis lässt sich als Ausdruck eines grundsätzlich hohen Vertrauens der Frankfurterinnen und Frankfurter in Sucht- und Drogenberatungsstellen lesen.

Die vier Hilfsangebote (von insgesamt neun abgefragten) mit den höchsten Zustimmungswerten auf die Frage: „Welche der folgenden Hilfsangebote würden Sie bei problematischem Cannabiskonsum für sich in Anspruch nehmen oder einer anderen Person empfehlen?“ (Abb. 4)



Der hohen Akzeptanz des Hilfesystems steht allerdings die geringe Bekanntheit gegenüber: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54,9%) wissen ganz sicher oder wahrscheinlich nicht, wo sie für sich oder andere Personen Hilfe bei einem problematischen Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten. Frauen und Männer antworten hier nahezu identisch. Auch bei der Betrachtung nach Altersgruppen ergeben sich nur geringfügige Unterschiede. Anders sieht es aus mit Blick auf den Bildungsstand: Bei den Befragten ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss sind es sogar fast zwei Drittel (63,8%), die sicher oder wahrscheinlich nicht wissen, wo sie entsprechende Hilfsangebote finden.

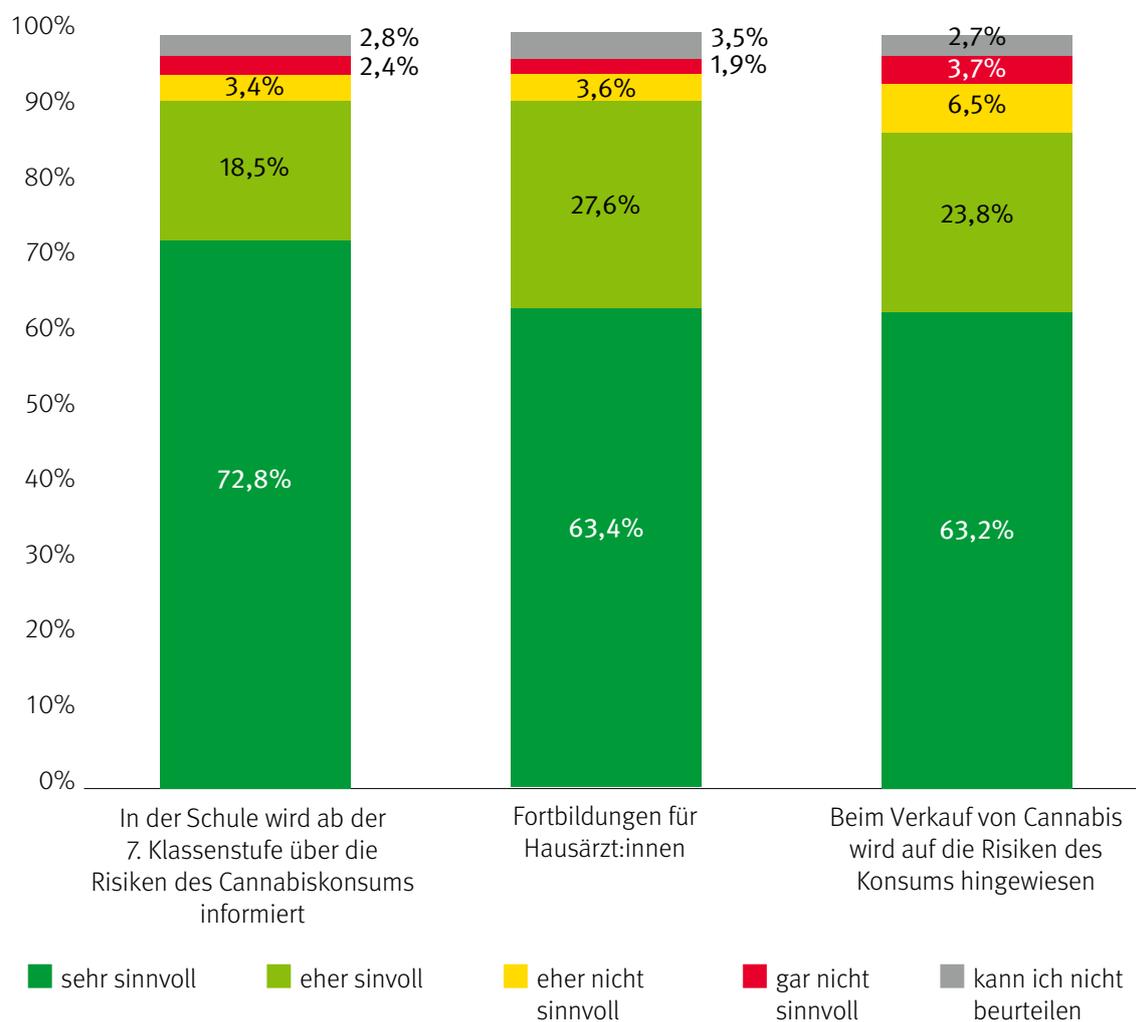
Zustimmung zur Frage: „Wissen Sie, wo Sie für sich oder andere Hilfe bei einem problematischen Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten?“ (Abb. 5)



5. Einstellungen zu Jugendschutz und Prävention

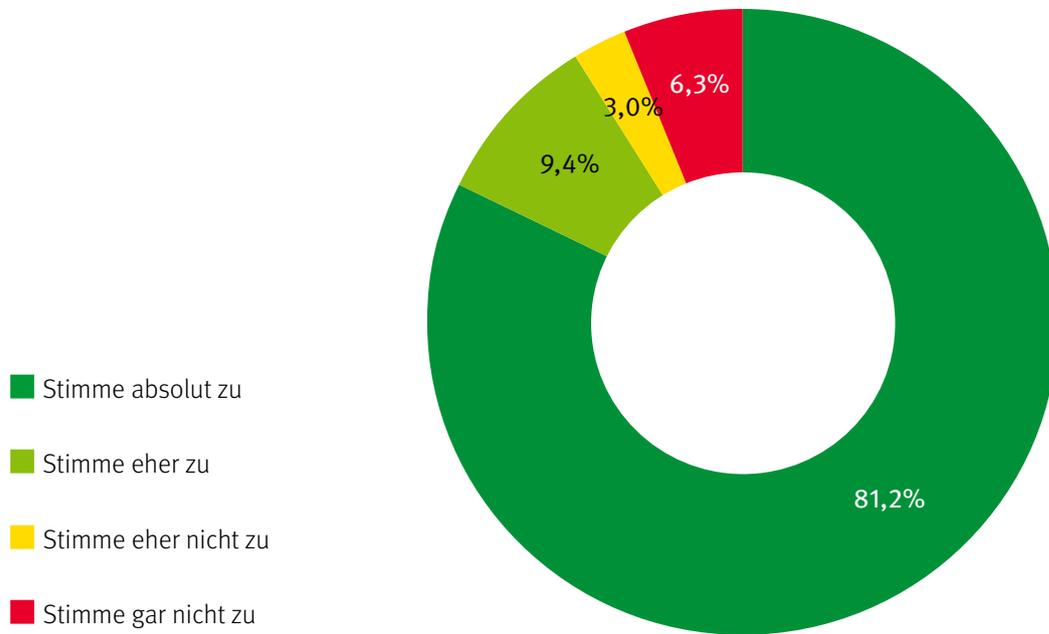
Die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger wünschen sich für den Fall einer Legalisierung passende Präventionsmaßnahmen. Am sinnvollsten werden Informationsangebote an der Schule angesehen, neun von zehn Befragten halten diese für sehr sinnvoll (72,8%) oder eher sinnvoll (18,5%). Eine fast ebenso starke Zustimmung gibt es zu Fortbildungen für Hausärzt:innen, dicht gefolgt vom Vorschlag, beim Verkauf von Cannabis auf die Risiken des Konsums hinzuweisen.

Die drei Präventionsmaßnahmen (von insgesamt sieben abgefragten) mit den höchsten Zustimmungswerten zu der Frage: „Für wie sinnvoll halten Sie folgende Aufklärungs- und Vorsorgeangebote, wenn Cannabis legalisiert wird?“ (Abb. 6)



An der Befürwortung der schulischen Prävention wird deutlich, wie wichtig den Befragten der Jugendschutz ist. Eine sehr große Mehrheit setzt sich auch dafür ein, dass Cannabis nur an Volljährige abgegeben werden darf: 90,6% stimmen diesem Regelungsvorschlag absolut oder eher zu.

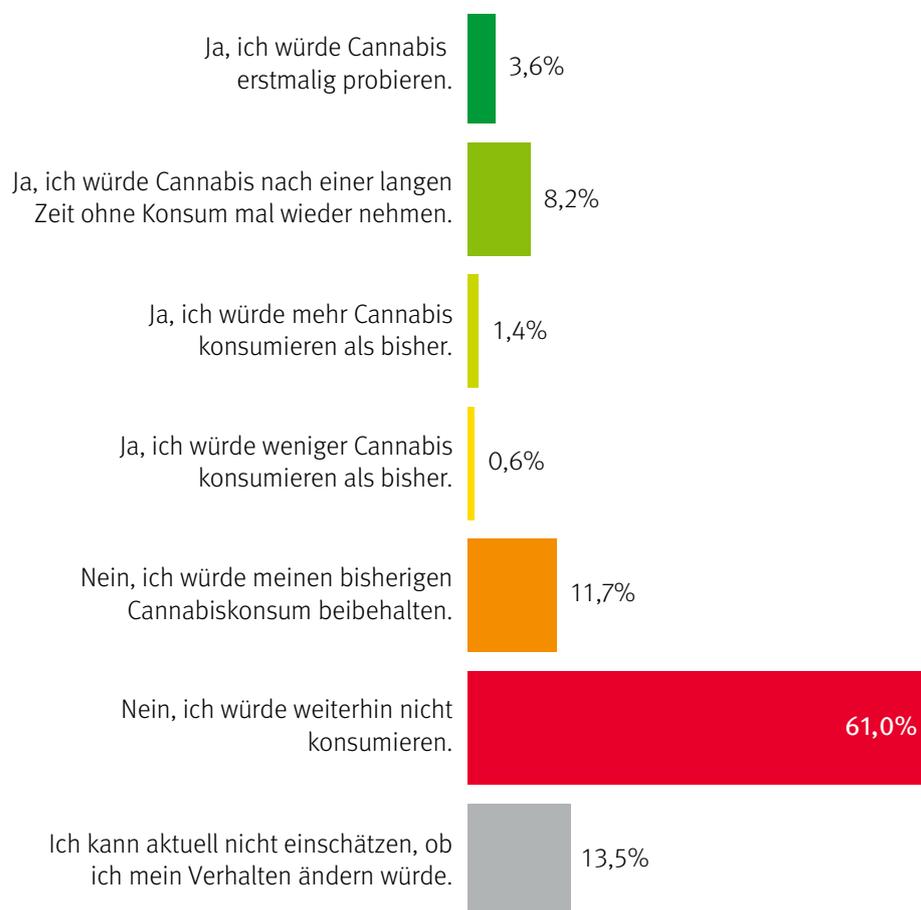
Zustimmung zur Frage: „Was halten Sie von möglichen Regelungen einer Cannabislegalisierung?
- Wenn Cannabis freigegeben würde, sollte es nur an Volljährige (über 18 Jahre) abgegeben werden.“
(Abb. 7)



6. Auswirkungen einer möglichen Legalisierung auf das Konsumverhalten

Wie sich das Konsumverhalten nach einer Legalisierung entwickeln wird, ist für die Präventionsarbeit besonders relevant. Deshalb wurden die Frankfurterinnen und Frankfurter gefragt, ob sich an ihrem Verhalten etwas ändern würde, wenn Cannabis gesetzlich erlaubt wäre. 61,0% der Befragten würden in Folge einer Legalisierung weiterhin kein Cannabis gebrauchen. 11,7% würden ihren bisherigen Cannabiskonsum beibehalten. 13,5% können zum Befragungszeitpunkt noch nicht einschätzen, ob sich ihr Konsumverhalten ändern würde. 8,2% würden Cannabis nach einer langen Zeit mal wieder konsumieren, und 3,6% würden die Substanz erstmalig probieren. 1,4% der Befragten geben an, mehr Cannabis zu konsumieren als bisher. 0,6% antworten, ihren Cannabiskonsum zu reduzieren.

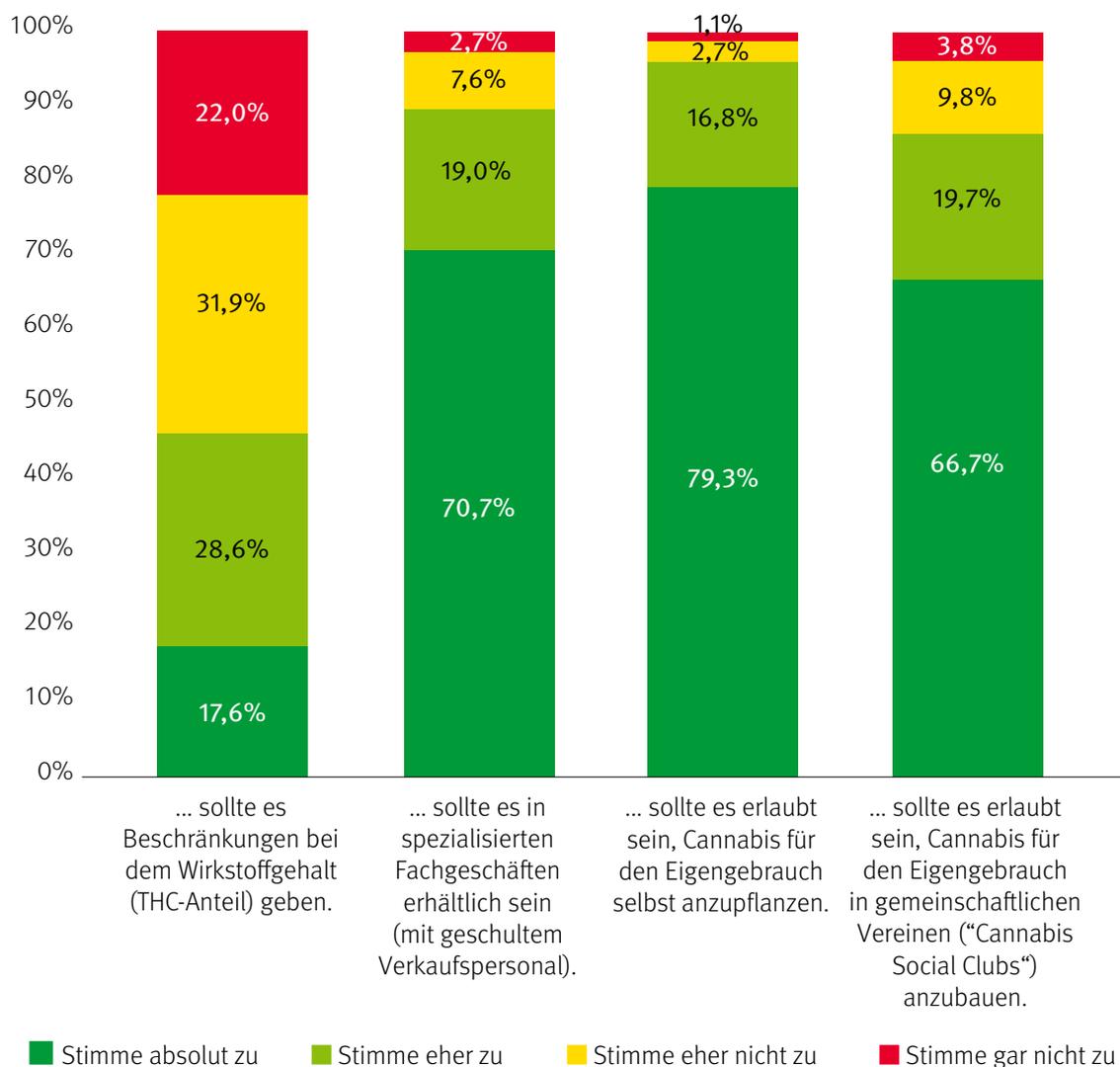
Antwortverhalten auf die Frage: „Glauben Sie, dass sich etwas für Sie ändert, wenn Cannabis gesetzlich erlaubt wird?“ (Abb. 8)



7. Erwartungen von Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten

Viele Ziele einer Cannabislegalisierung (Zurückdrängung des Drogen-Schwarzmarkts, gesundheitliche Risikominimierung für Konsumentinnen und Konsumenten) können nur erreicht werden, wenn Konsumentinnen und Konsumenten den legalen Markt annehmen. Die Befragungsergebnisse geben Hinweise darauf, wie dies gelingen kann. Eigenanbau, Cannabis Social Clubs und spezialisierte Fachgeschäfte scheinen von einem Großteil der Befragten, die in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert haben, akzeptiert zu werden. THC-Obergrenzen hingegen weniger.

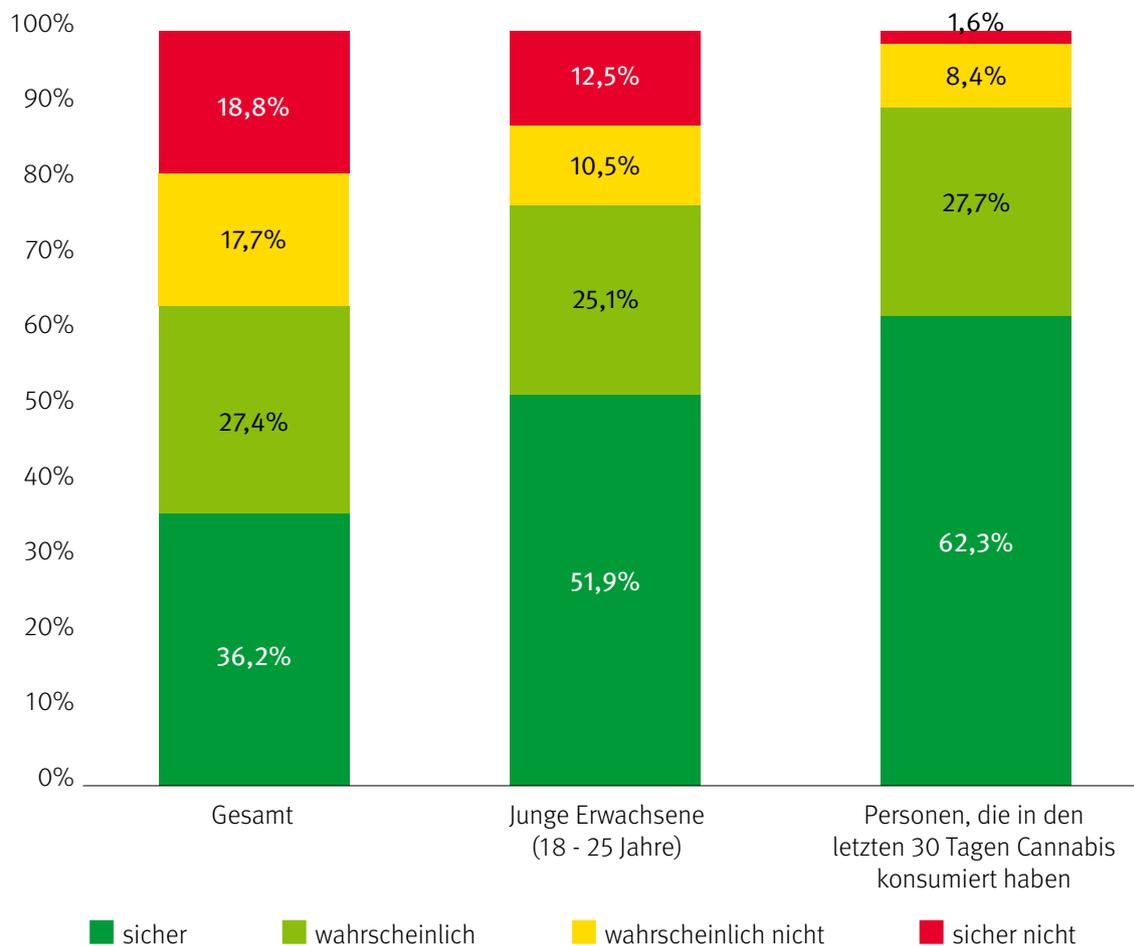
Zustimmung bei Personen mit Cannabiskonsum in den letzten dreißig Tagen zur Frage: „Was halten Sie von möglichen Regelungen einer Cannabislegalisierung? Wenn Cannabis freigegeben würde...“ (Abb. 9)



8. Die Bedeutung von Cannabis-Abgabestellen

Welche Informationsangebote würden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt nutzen, wenn Cannabis erlaubt wird, lautete eine weitere Frage. Unter den möglichen Antworten findet sich ein Angebot, das es in dieser Form noch nicht gibt: die Beratung in Cannabisverkaufsstellen. Fast zwei Drittel (63,6%) würde eine solche Beratung sicher oder wahrscheinlich in Anspruch nehmen. Gerade junge Erwachsene und bereits Cannabis-Konsumierende würden Informationsangebote in Cannabis-Abgabestellen besonders stark nutzen. Dies unterstreicht die hohen Anforderungen, die Abgabestellen hinsichtlich ihrer Vernetzung mit dem Drogen- und Suchthilfesystem und der Qualifizierung ihres Personals erfüllen sollten.

Zustimmung zur Frage: „Welche Informationsangebote zum Thema Cannabis würden Sie nutzen, wenn Cannabis erlaubt wird? - Beratung in Cannabis-Verkaufsstellen.“ (Abb. 10)



9. Zusammenfassung

Von der Bundesregierung sind weitreichende rechtliche Änderungen in Bezug auf Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene geplant.² Diese werden sich unweigerlich auf eine Großstadt wie Frankfurt am Main auswirken. Auch die Arbeit des Drogenreferats könnte vor vielfältigen neuen Herausforderungen stehen.

Die vorliegende repräsentative Studie des Drogenreferats der Stadt Frankfurt mit organisatorischer Unterstützung des Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) erfasst die Einstellungen, Erwartungen und Bedarfe der erwachsenen Frankfurter Stadtbevölkerung rund um das Thema Cannabis. Dazu wurde ein Fragebogen verschickt, der an 10.000 zufällig ausgewählte Erwachsene in Frankfurt im Januar 2023 erging.

Die Netto-Rücklaufquote betrug 27,3%. Zur Erhöhung der Repräsentativität wurde die Stichprobe nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand gewichtet.

Die Frankfurterinnen und Frankfurter sprechen sich mehrheitlich für eine Legalisierung von Cannabis an Erwachsene aus: Ungefähr zwei Drittel der Befragten befürworten uneingeschränkt oder eher die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an über 18-Jährige.

Befürworten Sie die kontrollierte Abgabe von Cannabis? (Abb. 11)

- 44,3% ■ Ja
- 21,5% ■ Eher ja
- 12,3% ■ Eher nein
- 21,9% ■ Nein



Das Suchthilfeangebot Frankfurts, allen voran die Drogen- und Suchtberatungsstellen, stoßen bei Frankfurts Bürgerinnen und Bürgern auf eine hohe Akzeptanz. Mehr als neun von zehn Befragten würden bei problematischem Cannabiskonsum sicher oder wahrscheinlich Drogen- und Suchtberatungsstellen für sich in Anspruch nehmen oder einer anderen Person empfehlen. Der Bekanntheitsgrad der Angebote sollte aber noch gesteigert werden: Weniger als die Hälfte der Befragten wissen sicher oder wahrscheinlich, wo sie für sich oder andere Hilfe bei einem problematischen Cannabiskonsum in Frankfurt bekommen könnten. Das gilt in besonderem Maße für Personen mit geringer formaler Bildung.

Die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger wünschen sich für den Fall einer Legalisierung eine hohe Beachtung von Prävention und Jugendschutz. Eine große Mehrheit spricht sich für umfassende Präventionsmaßnahmen aus, zum Beispiel für schulische Informationsangebote ab der 7. Klassenstufe. Auch aus fachlicher Sicht wäre dies zu befürworten.

² Bundesministerium für Gesundheit. (2023). Eigenanbau und Modellversuch - Bundesregierung einigt sich auf Eckpunkte zu Cannabis. Abgerufen unter: www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/eckpunkte-cannabis-12-04-23.html [21.04.2023]

Wissen Sie, wo Sie Hilfe bekommen könnten? (Abb. 12)

- 14,3% ■ Ja, ganz sicher
- 30,9% ■ Ja, wahrscheinlich
- 35,1% ■ Nein wahrscheinlich nicht
- 19,8% ■ Nein, ganz sicher nicht



Über Suchtpräventionsangebote an Schulen lassen sich Dialoggruppen der Prävention und Beratung direkt und in hohem Maße erreichen. Entsprechend entfalten sie eine große Wirkung bei der Förderung von Risikokompetenz und Verantwortungsbewusstsein bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gleiches gilt für Informationen zu Safer Use-Möglichkeiten zur Schadensminimierung, die offen angesprochen werden können. Aus Sicht der Prävention ist das ein wichtiger Ansatz, insbesondere auch bei Probierkonsum.

Die große Mehrheit der Befragten halten darüber hinaus Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte für besonders sinnvoll. Mehr als 90% stimmen der Aussage absolut oder eher zu, Cannabis sollte bei einer Legalisierung nur an Volljährige abgegeben werden.

Sechs von zehn Befragten (61,0%) geben an, in Folge einer Legalisierung weiterhin kein Cannabis zu gebrauchen. 11,7% der Befragten würden ihren bisherigen Cannabiskonsum beibehalten. 13,5% können zum Befragungszeitpunkt noch nicht einschätzen, ob sich ihr Konsumverhalten ändern würde. 8,2% würden Cannabis nach einer langen Zeit mal wieder konsumieren, und 3,6% würden die Substanz erstmalig probieren. 1,4% würden mehr Cannabis konsumieren als bisher. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zur häufig geäußerten Befürchtung, eine Legalisierung führe zu massiven Konsumsteigerungen („Dambruch-Szenario“).³

Zahlreiche Ziele einer Legalisierung, wie die Zurückdrängung des Schwarzmarkts oder eine Reduzierung von Gesundheitsschäden durch verunreinigtes Cannabis, können nur erreicht werden, wenn bisherige Konsumentinnen und Konsumenten für einen legalen Markt gewonnen werden. Viele Details der bisherigen Überlegungen, insbesondere Eigenanbau, Anbauvereinigungen und spezialisierte Cannabis-Verkaufsstellen, scheinen auf eine hohe Akzeptanz bei dieser Personengruppe zu stoßen. Zu einer THC-Obergrenze äußert sich hingegen eine Mehrheit der Befragten mit Cannabis-Konsum in den letzten 30 Tagen (eher) ablehnend.

Im Falle einer Legalisierung würden fast zwei Drittel der Befragten eine Beratung in Cannabis-Verkaufsstellen als Informationsmöglichkeit in Anspruch nehmen. Bei den besonders betroffenen Gruppen wie jungen Erwachsenen und bereits Konsumierenden liegt der Anteil sogar noch höher. Dies unterstreicht die hohen Anforderungen, die an Abgabestellen hinsichtlich Vernetzung mit dem Suchthilfesystem und Qualifizierung ihres Personals zu richten sind.

Dies ist auch ein wichtiger Aspekt für mögliche künftige Modellprojekte. Die Stadt Frankfurt hat gemeinsam mit der Stadt Offenbach bereits angekündigt, für ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken bereitzustehen.

³ Vergleiche zum Beispiel: Adams, M., Effertz, T. (2022): Notwendige Voraussetzungen einer kontrollierten Freigabe von Cannabis und anderer THC-haltiger Produkte. In: SUCHT (2022), 68 (6), 345 – 350; Thomasius, R. (2022): Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Leidtragenden einer kontrollierten Abgabe von Cannabis sein. In: SUCHT (2022), 68 (6), 355 – 356.

10. Weitere Informationen

Die Frankfurter Cannabis-Studie - Langfassung

Die Langfassung der Studie ist abrufbar unter: www.drogenreferat.stadt-frankfurt.de.

Frankfurter Cannabis-Gespräche 2023

25. März, 16 – 18 Uhr	<i>Wie gefährlich ist Cannabis?</i> (bereits durchgeführt)
24. Juni, 16 – 18 Uhr	<i>Was braucht Frankfurt am Main?</i> (bereits durchgeführt)
23. September, 16 – 18 Uhr	<i>Jugend und Cannabis</i>
25. November, 16 – 18 Uhr	<i>Was kann man vom Ausland lernen?</i>

Alle Interessierte sind herzlich willkommen. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Veranstaltungsort: Gesundheitsamt, Breite Gasse 28, Raum „Auditorium“

Weitere Informationen dazu über: www.frankfurt.de/-/media/frankfurtde/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/drogenreferat/pdf/frankfurter-cannabis-gespraech

Homepage des Projekts „Medizinisches Cannabis“

Hier finden sich Informationen für Patient:innen, Ärzt:innen und die interessierte Öffentlichkeit zum Thema Cannabis als Medizin. Es handelt sich um ein Projekt des Dezernats für Soziales und Gesundheit und des Drogenreferats der Stadt Frankfurt am Main.

www.medizinisches-cannabis-frankfurt.de

MoSyD

Das Monitoring-System-Drogentrends (kurz: MoSyD) wird seit 2002 jährlich vom Centre for Drug Research der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und vom Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main finanziell gefördert.

Der aktuelle Bericht ist abrufbar unter: www.frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/drogenreferat/publikationen.

Die Frankfurter Cannabis-Studie
Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Frankfurter Bevölkerung zum Thema Cannabis
Kurzbericht

Projektteam:

Dr. Philipp Hiller (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Kirsten Lehmann (wissenschaftlicher Mitarbeiterin), Jakob Schlink (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Dr. Artur Schroers (Projektleiter)

Impressum

Herausgeber:
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Drogenreferat
Alte Mainzer Gasse 37
60311 Frankfurt am Main
drogenreferat@stadt-frankfurt.de
www.drogenreferat.stadt-frankfurt.de
Redaktion: Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main
Gestaltung: [LUKAS FRIEDRICH GRAFIKDESIGN](#)

1. Auflage 2023

